



Feinstaub

DIESELRUSS MACHT KREBS

Politik und Autoindustrie verbummeln und verharmlosen

Seit Januar 2005 gibt es endlich einen gesetzlichen EU-Grenzwert für Feinstaub-Emissionen. Greenpeace warnt bereits seit 1999 vor der tödlichen Gefahr. Die deutsche Autoindustrie, die erst jetzt auf massiven öffentlichen Druck angekündigt hat, in den nächsten Jahren Neufahrzeuge mit Partikelfiltern anzubieten, hat diese Entwicklung bisher verzögert und verhindert. Die Politik hat die Autoindustrie bisher gedeckt: Seit Mitte 2004 verspricht Bundeskanzler Schröder die steuerliche Förderung von Dieselfahrzeugen mit Partikelfiltern. Tatsächlich passiert ist aber nichts. Eine im letzten Jahr vom Bundesrat geforderte Vorlage zur steuerlichen Förderung von Partikelfiltern hat die Bundesregierung bis heute nicht vorgelegt. Strittig ist neben Höhe und Zeitpunkt der steuerlichen Förderung vor allem der Ruß-Grenzwert bei der Nachrüstung.

Dieselruß ist tödlich

Dieselruß ist ein besonders gefährlicher Feinstaub, der Thrombosen, Herzinfarkte oder Lungenkrebs auslösen kann. Individueller Schutz davor ist kaum möglich.

Deswegen muss der Ausstoß von Dieselrußstaub

verhindert werden. Denn Dieselruß tötet nicht nur durch Krebsleiden, sondern häufiger noch durch Atemwegserkrankungen und Herzleiden. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat im April 2005 dargestellt, dass in Deutschland alljährlich 65.000 Menschen vorzeitig an den Folgen des Feinstaubs und seiner gefährlichsten Bestandteile, den Dieselrußpartikeln, sterben.

Die WHO hat die EU-Kommission veranlasst, 1996 und 1999 Richtlinien mit strengeren Grenzwerten zu verabschieden, um die Menschen besser vor dieser unsichtbaren Todesgefahr zu schützen. Obwohl diese Richtlinien 2002 in deutsches Recht umgesetzt wurden, hat die Bundesregierung auf dem Gebiet bis heute nichts für den Schutz ihrer Bürger getan. Stattdessen deckt sie weiter die Autoindustrie, die – wie bei der Einführung von bleifreiem Benzin und Drei-Wege-Katalysator – nur eines im Sinn hat: das Problem leugnen und Innovation so weit wie möglich hinausschieben.



Aktion 2004 in Berlin: Gesundheitsschutz ist wichtiger als die Interessen der Autoindustrie

Greenpeace warnt seit 1999

Bereits seit 1999 warnt Greenpeace vor der Gesundheitsgefahr, die von Dieselruß ausgeht: Beim Autosalon in Genf im März 1999 versehen Aktivisten Dieselfahrzeuge mit Aufklebern, die vom Kauf abraten. Zwischen 2002 und 2005 protestiert Greenpeace bei Autoherstellern und politisch Verantwortlichen und informiert die Öffentlichkeit. Mittelpunkt ist eine „Schweinefamilie“ von rosa Dieselfahrzeugen mit Ohren und der Aufschrift: „Ich bin ein Dieselschwein“. Damit gelingt es erstmals, den Dieselskandal gegen die Verharmlosung der Autoindustrie populär zu machen.

Greenpeace-Plakat zur Dieselruß-Kampagne





Aktion 2005 in Berlin: Greenpeace fordert von der Bundesregierung ein Gesetz zum Schutz der Menschen vor Dieselruß und anderem Feinstaub.

Das können Sie tun:

Trotz allgemeiner Verunsicherung sowohl der vom Autoverkehr Betroffenen wie der Dieselfahrer selbst, die ihre Autos zum Teil aufgrund falscher Informationen gekauft haben, können alle etwas tun: Sprechen Sie in den Kommunen vor und fordern Sie Abgasmessungen, Aktions- und Luftreinhaltepläne und die Nachrüstung aller öffentlichen Dieselfahrzeuge. Haben Sie Verständnis für Verkehrseinschränkungen, auch wenn dies manchmal zu Unbequemlichkeiten führen kann.

Die Technik des Dieselrußfilters

Grundsätzlich gilt: Alle Dieselfahrzeuge und Motoren können nachgerüstet werden. Die EU-Kommission hat Anfang 2005 den Richtwert von fünf Milligramm Rußpartikel pro Kilometer veröffentlicht. Greenpeace hält diesen Wert noch für zu hoch. Außerdem gilt er nur für Neufahrzeuge. Die Gesundheit der Bürger kann aber nur geschützt werden, wenn alle Dieselfahrzeuge, also auch die bereits fahrenden, diesen Grenzwert einhalten. Aber: Nur geschlossene Filtersysteme halten diesen Grenzwert ein, mindern also den Dieselrußanteil im Feinstaub wirksam. Deshalb dürfen nur diese Filter steuerlich gefördert werden, während so genannte „offene Systeme“ zwar billiger, aber vollkommen ungenügend sind und von der Förderung ausgeschlossen werden müssen. Nur mit der Nachrüstung auch der bereits verkauften Dieselaautos kann die extreme Staubbelastung in den Innenstädten wirkungsvoll bekämpft werden.

Nicht billig, aber wirksam

Das Recht auf Gesundheit ist im Grundgesetz fest verankert, verantwortlich dafür ist die Bundesregierung. Die heutige Filtertechnik, mit der der Fünf-Milligramm-Grenzwert unterschritten werden kann, kostet pro Fahrzeug in der Nachrüstung zwischen 1.000 und 1.300 Euro. Deshalb fordert Greenpeace eine steuerliche Förderung der hochwirksamen Filtertechnik in der angemessenen Höhe, also von 1.000 Euro. Zusätzlich muss aber der Grenzwert von maximal fünf Milligramm auch für die „Alt“-Autos gesetzlich gelten. Und wer nicht nachrüstet, verliert nach einer Übergangszeit von maximal drei Jahren die Zulassung.

Greenpeace fordert:

- ▶ Die Bundesregierung muss gesetzlich regeln, dass ab sofort nur noch Dieselaautos zugelassen werden, die die Rußpartikelemission von 0,005 g/km nicht überschreiten.
- ▶ Die Bundesregierung soll Rußfilter in Neufahrzeugen und bei Nachrüstung steuerlich fördern. Von der Steuerförderung müssen Filter, die den Grenzwert von 0,005 g/km überschreiten, ausgeschlossen werden.
- ▶ Die Bundesregierung muss gesetzlich regeln, dass innerhalb von drei Jahren alle Dieselfahrzeuge den Grenzwert von 0,005 g/km erreichen, ansonsten erlischt die Zulassung.

Impressum

Greenpeace e.V.
Große Elbstraße 39
22767 Hamburg
Tel.: 040-306 18-0
Fax: 040-306 18-100
V.i.S.d.P.: Günter Hubmann
Politische Vertretung Berlin
Mariensraße 19-20, 10117 Berlin
mail@greenpeace.de
www.greenpeace.de
Druck: Druckerei Zollenspieker
Zollenspieker Hauptdeich 54
21037 Hamburg; Stand: 05/2005
gedruckt auf 100% Recyclingpapier